Abend-Ausgabe

70. Jahrgang. № 488 Freitag, 16. Oktober 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1925 [illegible] zweimaliger Zustellung [illegible] Haus [illegible] Mark. Postbezugspreis für Monat Oktober [illegible] Mark. Einzelnummer [illegible] Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das Rätselraten um den Paktinhalt.

Französisches Durchzugsrecht durch die Rheinlandzone bei einem deutsch-polnischen Konflikt?

Die Bestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrags. — Die Schikanierung der Deutschen in der Tschechei. — Neue Unruhen in China.

Angebliche Einigung über die deutschen Sonderforderungen.

Paris, 16. Okt. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" will erfahren haben, daß die Vereinbarung zwischen Luther und Stresemann einerseits und den Alliierten andererseits eine **Einigung auf folgender Grundlage** gebracht habe:

Die Alliierten ermächtigen Deutschland, Materialien bis zum Werte von 100 Millionen Goldmark zu behalten, deren Vernichtung von gewissen alliierten Kontrollkommissionen gefordert worden war. Die Schutzpolizei darf weiter in den Kasernen wohnen. Dem Saargebiet wird ein Parlament gegeben.

Die Abmachungen sind aber offenbar noch nicht zu Ende, denn der Berichterstatter fügt ein usw. usw. hinzu, ist also nicht darüber unterrichtet.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Locarno meldet: Es ist der Wunsch aller, die in Locarno verhandelt haben, daß die Ausführung der von der Botschafterkonferenz festgelegten Bedingungen hinsichtlich der **Abrüstung Deutschlands** es ermögliche, in wenigen Tagen die Truppen aus der Kölner Zone zurückzunehmen. Außerdem sollen, was die **Verwaltung des besetzten Gebietes** und die **Stärke der Besatzungstruppen** anlangt, **weitgehende Aenderungen** zur gegebenen Zeit erfolgen. Aber es ist auch nötig, auf die Aenderungen hinzuweisen, die natürlich der Eintritt Deutschlands in den **Völkerbund** und sein Wiedereintritt in das Konzert der Großmächte herbeiführen wird. Der gesunde Menschenverstand deutet an, daß Deutschland, wenn es dem Geiste der Friedensverträge und dem in Locarno abgeschlossenen Abkommen treu bleibt, nicht mehr dem bisher notwendigen Regime unterworfen bleibt.

Das Ergebnis des Meinungsaustausches von Locarno wird nicht, wie man in gewissen Kreisen angenommen hat, in einer Erklärung, die auf der Konferenz verlesen wird, niedergelegt werden.

Aber es ist jetzt schon ausgemacht, daß **Chamberlain, Briand und Vandervelde vor ihren Parlamenten**, sobald sie wieder zusammentreten, **gleichlautende Erklärungen** abgeben werden, die den Deutschen die vernunftgemäße Befriedigung geben werden. (W.T.B.)

Frankreichs Beschützerrolle gegenüber Polen

London, 16. Okt. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" bringt einige Einzelheiten zu der Frage der östlichen Schiedsverträge. Es scheint, sagt er, daß der Text des Rheinlandpaktes mit den vier Schiedsverträgen und den beiden Zusatzabkommen über die Garantie der Verträge mit Polen und der Tschecho-Slowakei zusammen sieben Dokumente, praktisch gestern abgeschlossen worden sei. Ausgenommen seien einige Kleinigkeiten in den Ostfragen.

Frankreich werde nach Art. 2 des Paktes praktisch, wenn auch nicht ausdrücklich, das Recht erhalten, Deutschland durch die entmilitarisierte Zone in dem Falle eines deutschen Angriffes auf Polen anzugreifen.

Dieses Recht entspreche dem Art. 16 des Völkerbundstatuts. Frankreich könne infolgedessen losschlagen, obwohl es selbst nicht direkt angegriffen sei, ohne erst auf endgültige Entscheidung des Völkerbundrates zu warten, ob Deutschland oder Polen der Angreifer sei. Aber wenn das Urteil des Völkerbundrates den französischen Standpunkt nicht billige, dann müsse Frankreich das Urteil des Völkerbundes annehmen.

Wie das genaue Verfahren im einzelnen sein soll, ob und wie ein Waffenstillstand im Falle eines schon ausgebrochenen Krieges erklärt werden müßte, wird von größter Bedeutung sein, besonders im Hinblick auf das im vorigen Jahre ausgearbeitete Genfer Protokoll. „Was geschieht," fragt der diplomatische Korrespondent, „wenn der Völkerbundrat kein Urteil über den Konflikt zustande bringt?"

Die Frage, wie man die Lücke im Art. 16 des Völkerbundstatuts schließen könne, habe ebenfalls die rege Aufmerksamkeit der Juristen und Minister gefunden. In mancher Hinsicht werde die Lücke geschlossen werden, denn selbst wenn Deutschland und Polen in Streit gerieten, und der Völkerbundrat sich keine Ansicht bilden könne, so würden sie dennoch auf Grund der neuen Formel an einer Kriegserklärung verhindert sein, und zwar selbst nach der vorgeschriebenen Wartezeit von drei Monaten. Greife Deutschland trotzdem Polen an, so würde Frankreich freie Hand zu einem Angriff auf Deutschland durch die entmilitarisierte Zone haben. Diese Vorschriften hätten Polen beruhigt. (T.-U.)

Teilweises faktisches Nachgeben der Polen.

Die mangelhafte Orientierung der Presse.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Locarno, 16. Okt. Am Freitag vormittag erscheint die Lage in Locarno vollkommen ungeklärt. Die Presse ist sehr schlecht unterrichtet und deshalb bleibt im wesentlichen nur übrig, kurz die verschiedenen Stimmungen gegenüberzustellen. **Auf deutscher Seite wird der Stand der Konferenz auch heute vormittag außerordentlich ernst beurteilt.** Das gilt namentlich nach der Seite der Rückwirkungen hin, während sich in den Verhandlungen mit den Polen der Faden offenbar weitergesponnen hat. In den Verhandlungen mit der polnischen Delegation über den östlichen Schiedsvertrag ist nämlich insofern eine leichte Besserung eingetreten, als **die Delegation in später Nachtstunde der deutschen Delegation mitteilte, daß sie bereit sei, dem deutschen Standpunkt Rechnung zu tragen.** Ob diese polnische Zusicherung, deren Tragweite sich im Augenblick noch nicht übersehen läßt, dem deutschen Standpunkt entgegenkommt, wird der heutige Vormittag beweisen. Nur besteht die Befürchtung, daß ein Nachgeben der Polen auf der einen Seite eine erneute Erschwerung der Verhandlungen über die sogenannten Rückfragen mit sich bringen wird. Die Nachgiebigkeit der Polen wird sicherlich von den Alliierten gegen Deutschland ausgespielt werden. Bei dem Streit mit den Polen handelt es sich im wesentlichen darum, daß diese

plötzlich mit der Forderung hervortreten, daß Deutschland auf die Anwendbarkeit des Artikels 19 der Völkerbundssatzung in bezug auf seine östlichen Grenzen verzichten solle.

Dieser Artikel ist aber eine der wesentlichsten Handhaben, die uns zur Wiedergewinnung unseres Rechts im Osten zur Verfügung steht. Wir können deshalb unter keinen Umständen auf die Chancen verzichten, auf Grund des Art. 19 eines Tages Nachprüfung der territorialen Regelung des Versailler Vertrags zu beantragen, zumal auch von maßgebender englischer Seite bereits anerkannt ist, daß diese Regelung tatsächlich eine Gefahr für den Frieden bedeutet.

Im Gegensatz zu dem Pessimismus im Esplanade wird im Lager der Gegenseite ein auffälliger Optimismus zur Schau getragen. Man behauptet dort, daß die Paraphierung des Westpaktes noch heute oder morgen erfolgen wird, und will die Dinge so darstellen, als glaubte man nicht an die Skepsis der amtlichen deutschen Seite. **Leider wird die Beurteilung dadurch außerordentlich erschwert, daß die deutsche Delegation sich immer durch Schweigegebote binden läßt, während die Presse der Gegenseite eine ganze Menge erfährt.**

Das Kolonialmandat.

Von Dr. Arthur Dix.

Schon bevor die Verhandlungen in Locarno begannen, servierte uns die ausländische Presse eine Vorspeise, die dazu bestimmt sein sollte, unseren Appetit zu reizen. Es hieß, wenn Deutschland in Locarno hübsch artig wäre und nach Osten, Westen, Süden, Norden und den übrigen Himmelsrichtungen die vorgeschriebenen Sicherheitspakte eingingе, hier und da und dort feierlich auf deutschen Boden verzichte, sich bedingungslos in den Völkerbund einordne, ohne von Kriegsschuldlügen und ähnlich unangenehmen Dingen zu sprechen, dann würde man ihm auch wieder ein Stück Afrika einräumen. Die ersten Ankündigungen über den in Aussicht genommenen Fetzen des schwarzen Erdteils hätten geradezu belustigend wirken müssen, wenn die Angelegenheit für uns nicht doch von erheblichem Ernst wäre. Einige Meter Küste ohne Hafen und dahinter ein langer, schmaler Landstreifen, also ein wirtschaftlich geradezu unmögliches Gebilde! Aber auch, wenn im Laufe der Verhandlungen etwas mehr Vernunft herrschen sollte, wenn das uns anzubietende Kolonialmandat eine halbwegs abgerundete Form annähme, blieben in der gegenwärtigen Lage selbst für den größten und eifrigsten Kolonialfreund doch noch ganz wesentliche und überwiegende Bedenken geltend zu machen.

Gewiß, wir bedürfen unbedingt der überseeischen Rohstoffzufuhr und könnten theoretisch die nötigen Rohstoffe am billigsten produzieren, wenn der dafür nötige Kolonialboden in deutschen Händen liegen würde. Aber erinnern wir uns doch einmal der Tatsachen aus der deutschen Kolonialgeschichte! Wie war es denn im Jahre 1884 überhaupt möglich, daß Bismarck die deutsche Kolonialpolitik inszenierte? Damals befand sich England politisch in einer mehr durch die innere als die äußere Lage bedingten Stagnation, in einer gewissen Kolonialmüdigkeit. Rußland wäre in der Lage gewesen, den indischen Besitz Englands ernstlich zu bedrohen, und Bismarck scheute sich nicht, recht offensichtlich den Wink nach Petersburg zu geben, daß Deutschland bereit wäre, für eine eventuelle russische Kriegsführung gegen Indien namhafte Kredite zur Verfügung zu stellen. In dieser ungewöhnlich sicheren Position zwischen England und Rußland hatte Deutschland die Bewegungsfreiheit, die es ihm ermöglichte, afrikanische und weiterhin auch ozeanisch-insulare Kolonien zu erwerben, ohne daß England einen ernsten Einspruch wagen konnte.

Heute sind wir auf Grund des Versailler Diktats selbstverständlich ganz ohne jede Möglichkeit, eine etwaige deutsche Kolonie maritim-militärisch zu schützen, sind wir also im Falle der Uebertragung eines Kolonialmandats auf Gnade und Ungnade der englischen Seemacht ausgeliefert, die uns den Weg in die Kolonie freigeben, die uns jederzeit aber auch den Weg in die Kolonie sperren kann. Wir hätten allenfalls die Aussicht, mit unseren Mitteln ein durch die bisherigen Mandatsbesitzer verlottertes, wirtschaftlich ruiniertes Kolonialgebiet wieder in einen brauchbaren ertragfähigen Zustand zu bringen und stünden dabei jeden Moment vor der Aussicht, daß England als die seegewaltige Nation bei Erzielung wirklicher Ertragsfähigkeit durch deutsche Arbeit und deutsches Kapital uns das Kolonialgebiet in größter Gemütsruhe wieder abnimmt.

Nicht ganz unerwähnt darf dabei wohl die Tatsache bleiben, daß wir ja doch für unsere eigene Wirtschaft in Deutschland unter dem schwersten Kapitalmangel leiden und heute schlechterdings nicht in der Lage wären, die vielen Millionen aufzubringen, die notwendig sind, um ein verwahrlostes Stück Afrika zu einem unseren Interessen entsprechenden Produktionsgebiete zu machen. Bedenklich muß es auch stimmen, daß heute jene pazifistischen und verwandten Kreise in Deutschland, die früher, als es galt, die Kolonien zu entwickeln und zu schützen, kaum einen Pfennig dafür zu bewilligen bereit waren, am schnellsten auf das angeblich versöhnende Angebot der Bewilligung eines Kolonialmandats zweifelhaftester Art hineinfallen. (Daß innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Strömungen gegen eine koloniale Betätigung bestehen, und zwar wieder aus pazifistischen Gründen: man will nicht zum „Ausbeuter" der Eingeborenen werden! hat die Königsberger S.-P.-D.-Tagung gezeigt. Die Red.)

Was wir an unseren Kolonien verloren haben, was wir an eigenen überseeischen Produktionsgebieten dringend brauchen könnten, weiß jeder alte Kolonialfreund, jeder Kenner deutschen Wirtschaftslebens und weltwirtschaftlicher Zusammenhänge. Unser gutes Recht auf solche überseeischen Produktionsgebiete ist unverjährbar und unveräußerlich, auch wenn die erzwungene Unterschrift in Versailles eine zeitweilige Veräußerung bedeutete. So wie die Dinge politisch und wirtschaftlich heute liegen, haben wir aber zwingendsten Anlaß, etwaige Angebote eines Kolonialmandats mit peinlicher Sorgfalt zu prüfen und uns davor zu hüten, daß uns an Stelle einer Einsetzung in unsere Rechte mit großer Geste ein gefährliches Danaergeschenk geboten wird.

Die Richtlinien der italienischen Politik.

Ein Presseempfang bei Mussolini.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Locarno, 16. Oktober. Mussolini empfing die Presse 12 Uhr mittags im Grand-Hotel. Vorher hatte sich eine starke Boykottbewegung unter den englischen und französischen Journalisten geltend gemacht, die Mussolini für seine rücksichtslose Behandlung der in- und ausländischen Presse in Italien bestrafen wollten. Als aber dann der Diktator selbst erschien, waren alle Bedenken verschwunden und der Saal stand gedrängt voll Neugieriger, die diesen eigenartigen Staatsman Europas zum ersten Male mit ihren Augen sahen. **Mussolini ist überraschend klein, die Gesichtszüge von einer krankhaften Blässe, die untere Gesichtspartie aber, vor allem der Mund, spiegeln eine ungewöhnliche Willenskraft wieder.**

„Sie werden meine Meinung über die Konferenz hören wollen, meine Herren," so begann er, „und die Motive, aus denen Italien heraus dem in Locarno abzuschließenden Westpakt zustimmen will. Ich habe mich bereits mehrfach in der Oeffentlichkeit über die Richtlinien meiner Politik geäußert, die die Herbeiführung eines allgemeinen europäischen Friedens erleichtern soll. Italien hat abgewartet, bis die europäische Situation eine Verständigung ermöglichte, um dann die Bemühungen Deutschlands und der Westmächte zu unterstützen. Unser guter Wille ist von allen Seiten anerkannt und Italiens Unterschrift unter einen Locarno-Vertrag in ihrer ganzen Bedeutung gewertet worden.

Sie werden es verstehen, daß Italien mit seiner Zustimmung zuerst zurückgehalten hat, sich aber gleichwohl an den Vorbereitungen beteiligte, indem es einen juristischen Sachverständigen zu den Locarnoer Verhandlungen entsandte. **Italiens Zurückhaltung** ist vor allem auf drei Gesichtspunkte zurückzuführen:

1. befindet es sich in einer besonderen Lage, da es nicht so unmittelbar an der Sicherung der deutsch-französischen Grenze interessiert ist;
2. hatte es mit Deutschland keine gemeinsame Grenze;
3. waren bereits im Versailler Vertrag die Grenzen Oesterreichs festgelegt.

Deshalb konnte Italien zuerst mit gutem Gewissen abseits stehen. Italien ist heute bereit, die gleichen Pflichten zu übernehmen und die gleichen Rechte zu genießen, die sich aus dem Westpakt ergeben werden, denn es **glaubt, daß durch eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland der europäische Friede gesichert werden könnte.**

Der Westpakt wird seine Bekräftigung durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erhalten, dem in Genf ein ständiger Ratssitz zugeteilt werden wird. Wir waren bereits seit längerer Zeit für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und sind mehrfach dafür eingetreten. Nun soll er Wirklichkeit werden.

Als ich den Eindruck gewann, daß die Locarnoer Verhandlungen vor ihrem günstigen Abschluß standen, entschloß ich mich persönlich zur Teilnahme an ihnen. Außerdem erschien es mir wünschenswert, in persönlicher Aussprache mit den hervorragendsten hier weilenden Staatsmännern in einen Meinungsaustausch über diejenigen Probleme einzutreten, die mir am meisten am Herzen liegen und die die Zukunft Italiens betreffen."

Da keine Fragen aus dem Kreise der Anwesenden gestellt wurden, **schloß Mussolini hiermit seine Ausführungen.**

Geburtstagsfeier in Locarno.

Locarno, 15. Oktober. Der Sonderberichterstatter der T.-U. meldet: Nach der Konferenz der Delegierten vereinigte sich die deutsche Delegation im Esplanade-Hotel zu einem kleinen Essen zu Ehren des Staatssekretärs von Schubert, der heute Geburtstag hat. Auch aus den Kreisen der in Locarno vertretenen Presse sind Herrn von Schubert zahlreiche Glückwünsche zuteil geworden.

SLUB
Wir führen Wissen.